

Datenschutzinformationen für Klienten des Beratungszentrums Mittelholstein



Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Als für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verantwortliche Stelle im Sinne von § 4 Nr. 9 EKD-Datenschutzgesetz (DSG-EKD) informieren wir Sie hiermit über die Verarbeitung Ihrer Daten in unserem Unternehmen und die Ihnen zustehenden datenschutzrechtlichen Ansprüche und Rechte umfassend im Sinne des § 17 DSG-EKD.

Unsere Beratungstätigkeit erstreckt sich auf die folgenden Arbeitsfelder:

- Erziehungs- und Familienberatung
- Jugendberatung
- Hilfen für Kinder, Jugendliche bei familiärer Gewalt
- Entwicklungspsychologische Beratung
- Paar- und Lebensberatung
- Schnelle Hilfen in der Traumaambulanz
- Psychosoziale Anlaufstelle Flucht und Migration
- Familienberatung in der Justizvollzugsanstalt
- Fachberatung Kinderschutz

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?



Verantwortlicher:

Diakonisches Werk Altholstein GmbH Am Alten Kirchhof 16 | 24534 Neumünster Tel.+49 (4321) 2505-50 | Fax +49 (4321) 2505-59

Geschäftsführer: Heinrich Deicke

E-Mail: datenschutz@diakonie-altholstein.de



Datenschutzbeauftragter:

Thomas Jundel, mc-Technik Dienstleistungs- und Consulting GmbH Marienthaler Straße 24 | 24340 Eckernförde Ruf (04351) 73 21-0 | Fax (04351) 73 21 999 | datenschutz@mc-technik.de



Zweck der Verarbeitung

Unsere psychologische Beratung und therapeutische Hilfen bilden den Zweck der Verarbeitung Ihrer Daten, konkret

- um Sie als unseren Klienten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen therapeutisch/psychologisch beraten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur internen Kommunikation und für Verwaltungsaufgaben;
- ggf. zur Rechnungsstellung oder Abrechnung mit dem Leistungsträger;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nach den Regelungen des Kirchengesetzes über den Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD-Datenschutzgesetz). Das kirchliche EKD-Datenschutzgesetz findet unmittelbar Anwendung anstelle der EU- Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der sie ausgestaltenden nationalen Gesetze (Artikel 91 DSGVO). Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind insbesondere § 6 Nr. 1 bis 8 und § 13 Absatz 2 DSG-EKD für die Verarbeitung besonderer Kategorien (z.B. Gesundheitsdaten) (in Ableitung von Art. 6 und 9 DSGVO).

Hervorzuheben ist die zulässige Verarbeitung von Gesundheitsdaten, die für die Diagnostik, die Durchführung von Unterstützungsleistungen oder für die Verwaltung der Dienste im Gesundheits- und Sozialbereich erforderlich ist. In diesen Fällen ist die Verarbeitung auch ohne Einwilligung des Betroffenen zulässig. Gesundheitsdaten werden ausschließlich bzw. unter Verantwortung von Personen verarbeitet, die einer strafrechtlich abgesicherten Schweigepflicht nach § 203 StGB unterliegen.

Daneben gelten weitere Rechtsvorschriften aus den jeweiligen Sozialgesetzbüchern und auch weitere bundesoder landesgesetzliche Regelungen sind zu beachten. Z.B. §§ 29 und 30 ResOG; § 3 Nr. 3 ResOG (Leistungen für
Angehörige); § 8 Abs. 3 SGB VIII (Recht auf Beratung ohne Kenntnis des Sorgeberechtigten); § 8a und b SGB VIII
i.V.m. § 4 KKG (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung und Kinderschutz-Fachberatung); SGB VIII §§ 30,31,
35a (bei Familienberatung); § 24 StVollzG-SH, § 33 Abs. 1 JVollzDSG SH und §§ 34 und 35 JVollzDSG SH (bei JVAFamilienberatung); SGB VIII § 28 i.V.m. §§ 16, 17, 18, 41 SGB VIII (bei Erziehungs-, Familien-, Paar-, Lebensberatung); § 31 ff. i.V.m. § 138 Absatz 7 und § 115 SGB XIV (Schnelle Hilfen - Behandlung in einer Traumaambulanz
nach dem Recht der Sozialen Entschädigung) und Versorgung nach dem SGB XIV i.V.m. OEG.

Für die Bereiche Flucht und Migration ergeben sich die vorrangigen Rechtsgrundlagen aus dem Landesaufnamegesetz (LAufnG), den aufgrund des Aufenthaltsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen (u.a. Aufenthaltsverordnung, Beschäftigungsverordnung, Integrationskursverordnung), § 12a AufenthaltsG, dem Asylgesetz, dem Gesetz über das Ausländerzentralregister, der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister, dem Bundesdatenschutzgesetz und dem Sozialgesetzbuch, insbesondere aus §§ 67a ff. SGB X.



Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Wenn Sie psychologische Beratung und therapeutische Hilfen bei uns in Anspruch nehmen, erheben wir folgende Informationen:

- Personenstammdaten (insbesondere Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand und Staatsangehörigkeit)
- Kontaktdaten (Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- ggf. Daten von Angehörigen insoweit relevant
- Daten zur Wohn-, Lebens-, Familiensituation und zu Bildung und Beruf
- Informationen, die für die psychologische Beratung in Bezug auf Ihre Fragen und die Problemstellung notwendig sind (ggf. Diagnosen, bisherige Hilfe- und Unterstützungsleistungen, überweisende Stellen, Behandlungsberichte)
- Im Kontext von Flucht und Migration Daten zu Aufenthaltsdauer und -status
- Daten zu Ihrer Krankenversicherung oder zu anderen Leistungsträgern

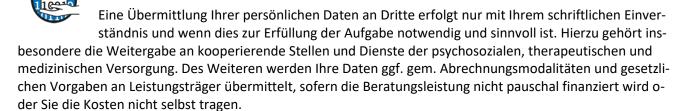


Löschung

Personenbezogene Daten werden gelöscht, wenn der Zweck für die Speicherung entfällt und keine Rechtnorm (z.B. zur gesetzlichen Aufbewahrungsfrist) die Beibehaltung der Daten vorschreibt. Es

gelten die Vorgaben des § 21 DSG-EKD (in Ableitung von Art. 17 DSGVO in Verbindung mit § 35 BDSG). Sofern die Löschung durch gesetzliche, vertragliche oder handels- bzw. steuerrechtliche Gründe nicht möglich ist, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

Empfänger



Teilweise bedienen wir uns zur Verarbeitung Ihrer Daten externer Dienstleister. Diese wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt, sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert.

Die berufliche Schweigepflicht bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die der beruflichen Schweigepflicht unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.



Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung an Länder außerhalb der Europäischen Union sowie internationale Organisationen findet nur statt, soweit dies nach Kapitel 2 des EKD-Datenschutzgesetzes zulässig ist.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:



gemäß § 11 Abs. 3 DSG-EKD Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu **wider-rufen**. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.



gemäß § 19 DSG-EKD **Auskunft** über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;



gemäß § 20 DSG-EKD unverzüglich die **Berichtigung** unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;



gemäß § 21 DSG-EKD die **Löschung** Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;



gemäß § 22 DSG-EKD die **Einschränkung** der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung <u>oder</u> Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß § 25 DSG-EKD Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;



gemäß § 24 DSG-EKD Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die **Übermittlung** an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.



Jede betroffene Person kann sich gemäß § 46 Abs. 1 DSG EKD unbeschadet weiterer Rechtsbehelfe mit einer **Beschwerde** an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden, wenn sie der Ansicht ist, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung ihrer personenbezogenen Daten durch kirchliche Stellen in ihren Rechten verletzt worden zu sein.

Gemäß § 46 Abs. 3 DSG EKD darf niemand wegen der Mitteilung von Tatsachen, die geeignet sind, den Verdacht aufkommen zu lassen, das kirchliche Datenschutzgesetz oder eine andere Rechtsvorschrift über den Datenschutz sei verletzt worden, gemaßregelt oder benachteiligt werden. Mitarbeitende der kirchlichen Stellen müssen für Mitteilungen an die Beauftragten für den Datenschutz nicht den Dienstweg einhalten.

Die Anschrift der für unser Unternehmen zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:



Der Beauftragten für den Datenschutz der EKD (BfD EKD) Lange Laube 20, 30159 Hannover Telefon: +49 (0)511 768128-0

E-Mail: info@datenschutz.ekd.de



Ihr Widerspruchsrecht

Fax: +49 (0)511 768128-20

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß § 6 Nr. 8 DSG-EKD verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß § 25 DSG-EKD Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an widerruf@diakonie-altholstein.de ein Schreiben oder ein Fax.

Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:

Keine Beratung oder Betreuung, keine Bearbeitung der ausländer-, staatsangehörigkeits- und/oder asylrechtlichen Angelegenheiten.